



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 47. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 13.05.2014,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 16:30

Ende: 19:55



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn ab TOP 5 ö.S. 17.13 Uhr

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid ab TOP 6 ö.S. 17.30 Uhr

Magdalena Schwarzmüller

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Hans-Joachim Malo

(Sozialamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sascha Reinhard

(Projektteilung Landesgartenschau)

Matthias Schmauder

(Geschäftsführer Landesgartenschau 2015 gGmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Petra Bechtold

(Ortsvorsteherin Dammheim)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Hans Peter Thiel



CDU

Wilhelm Prokop

FWG

Wolfgang Gauer

Parteilos

Franco Casella



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt „Bahnhaltopunkt Landau Süd – Budgeterhöhung“ zu ergänzen. Der Tagesordnungspunkt 9 der nichtöffentlichen Sitzung bleibe hinsichtlich der Auftragsvergabe davon unberührt.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Ratsmitglied Marquardt stellte den Antrag, den Punkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen. Man hätte gerne von der Verwaltung geprüft, inwiefern eine Überlassung des Grundstücks im Erbbaurecht möglich sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er keinen Grund für eine Absetzung dieses Punktes sehe. Die Dinge seien alle geprüft und vorverhandelt.

**Der Stadtrat lehnte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 2 der nichtöffentlichen Sitzung mit 2 Ja- und 32 Nein-Stimmen ab.**

Ratsmitglied Dr. Migl bemängelte, dass auch Tagesordnungspunkt 5 der nichtöffentlichen Sitzung nicht vorberaten worden sei.

Der Vorsitzende gab zu Beginn der Tagesordnung einen Rückblick auf die zu Ende gehende Wahlperiode. Es sei eine turbulente und ereignisreiche, aber für die Stadtentwicklung überaus erfolgreiche Wahlperiode gewesen. In 47 Stadtratssitzungen seien insgesamt 1.093 Tagesordnungspunkte behandelt worden. Die Ortsbeiräte seien 285 Mal zusammengetreten. Es sei eine Reihe von zentralen Themen gewesen, die diese Wahlperiode geprägt habe. Beispielfhaft nennen wolle er nur die Bewerbung um die Ausrichtung der Landesgartenschau und die begleitende Prüfung durch den Landesrechnungshof, der Bau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule, das Integrationskonzept, die Entwicklung des Wohnparks Am Ebenberg, das Konjunkturpaket II, der Kommunale Entschuldungsfonds, die Fußgängerzone, das Audit Familiengerechte Kommune, Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, die Errichtung der Queichpromenade, die Kampfmittelsondierung, die Geländehöhenveränderungen und die Eröffnung der kommunalen Kindertagesstätten Villa Mahla und Wilde 13.

Die Bevölkerungszahl sei in dieser Zeit um knapp 1.400 auf jetzt 44.458 Einwohner gewachsen, die Arbeitslosenquote liege bei 5,1 %. Auch die Zahl der Studierenden sei auf knapp 7.300 angestiegen. Er habe in diesen 5 Jahren insgesamt 78 Unternehmen besucht. Es seien knapp 154.000 m<sup>2</sup> Gewerbefläche verkauft worden, das Gewerbesteueraufkommen sei um 7,2 Millionen Euro auf jetzt 22,8 Millionen Euro gestiegen.

384 Anträge und Anfragen aus den Reihen des Stadtrates habe es gegeben, dies seien 25 % mehr als in der letzten Wahlperiode. Dies alles zeige, dass man als Stadt Landau auf einem sehr guten Weg sei. Die Aufgaben würden auch für den nächsten Stadtrat anspruchsvoll bleiben. Er sei aber überzeugt, dass die Kultur der Stadt wie bisher erhalten bleibe. Ganz ausdrücklich danke er dem Stadtrat für die Unterstützung und auch kritische Begleitung. Sein Dank gelte dem gesamten Stadtvorstand, den Ortsvorstehern und Ortsbeiräten, allen Bürgervertretern in den Ausschüssen, den Mitarbeitern der Verwaltung, der Presse und natürlich allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung



1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Einrichtung eines Gremiums zur Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen  
Vorlage: 101/212/2014
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Anhörung zur Breitbandversorgung in Landau  
Vorlage: 101/213/2014
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verlängerung der Grünphase an der Fußgängerampel Nordring/Fortstraße  
Vorlage: 101/214/2014
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse  
Vorlage: 101/215/2014
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes  
Vorlage: 101/216/2014
7. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Parkbänke in der Innenstadt und in den Stadtdörfern  
Vorlage: 101/217/2014
8. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Teilnahme am Fahrradvermietsystem durch die Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)  
Vorlage: 101/218/2014
9. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wilhelm Prokop  
Vorlage: 100/129/2014
10. Erneuerung der Technik der Feuerwehreinsatzzentrale der Freiwilligen Feuerwehr Landau in der Pfalz  
Vorlage: 150/014/2014
11. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 200/157/2014
12. Landesgartenschau 2015; Barrierefreiheit des Aussichtsturmes  
Vorlage: 200/158/2014
13. Abschluss eines dreijährigen Nutzungsvertrags durch die Stadt Landau in der Pfalz mit der IKVS – Interkommunale Vergleichs-Systeme GmbH.  
Vorlage: 200/159/2014
14. Vollzug des Haushaltsplanes 2014; Antrag auf Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben für die Sondierung/Kampfmittelräumung und Wiederherstellung der östlich des Geothermiekraftwerkes gelegenen Fläche (PK 1142.5292)  
Vorlage: 230/229/2014
15. 18. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau" - Aufhebung des endgültigen Beschlusses vom 25.02.2014 und wiederholter Offenlagebeschluss  
Vorlage: 610/282/2014



16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan A 12 "Zwischen Kugelgartenstraße und Badstraße",  
Aufstellungs-, Entwurfs- und Offenlagebeschluss  
Vorlage: 610/283/2014
17. Bebauungsplan ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“; Verfahrensänderungs-,  
Entwurfs- und Offenlagenbeschluss  
Vorlage: 610/284/2014
18. Straßenbenennung "Philosophengarten"  
Vorlage: 620/014/2014
19. Parkraumbewirtschaftung zur Landesgartenschau  
Vorlage: 660/084/2014
20. Neubau Bahnhofpunkt "Landau-Süd" - Budgeterhöhung  
Vorlage: 860/232/2014
21. Verschiedenes





Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Herr Dumröse sprach die Unterflurbehälter in der Fußgängerzone an. Er könne nicht nachvollziehen, warum man hier Mehrkosten verursache. Auf normale Mülleimer zu setzen wäre billiger gewesen. Er bitte, diese Entscheidung nochmals zu überdenken.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies vielfach bedacht und mehrfach diskutiert worden sei.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Einrichtung eines Gremiums zur Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU; FWG und FDP vom 2. April 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Mit dem Antrag beziehe man sich auf die UN-Charta. Den Fraktionen gehe es darum, den betroffenen Menschen Gelegenheiten zu geben, sich einzubringen. In welcher Form und Ausgestaltung dies sein soll, darüber sollte man sprechen. Die Verwaltung sollte hierzu bis zur Konstituierung des neuen Stadtrates einen Vorschlag machen.

Der Vorsitzende betonte, dass man mit diesem Antrag offene Türen einrenne. Er sei überzeugt, dass man hier eine gemeinsame Lösung finden werde.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begrüßte den Antrag. Er rege an, diesen Antrag aber in den Gesamtkomplex Bürgerbeteiligung einzubinden.

Ratsmitglied Schröer erinnerte daran, dass Bündnis 90/Die Grünen dieses Thema schon vor Jahren in die Stadtpolitik eingebracht hätten. Von daher begrüße sie den Antrag sehr. Dies sei auch ein ganz wichtiger Baustein im Audit Familienfreundliche Stadt.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass Barrierefreiheit im öffentlichen Leben eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei. Insofern stimme ihm dieser Antrag traurig. Offensichtlich gelinge es den Entscheidungsträgern nicht, für Menschen mit Beeinträchtigungen Sorge zu tragen. Der Antrag sei dennoch grundsätzlich positiv, die UBFL-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP zuzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen, bis zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates einen Vorschlag für ein Gremium zur Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu erarbeiten.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Anhörung zur Breitbandversorgung in Landau**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 2. April 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf begründete den Antrag. Bereits im Jahr 2009 habe es hierzu eine Anhörung im Stadtrat gegeben. Seit dieser Zeit hätten sich Verbesserungen ergeben, aber es gebe immer noch ganze Stadtteile die schlecht versorgt seien. Dazu gehörten u.a. Arzheim, Dammheim und Mörzheim. Es sei dies deshalb auch ein Dauerthema. Es gehe jetzt darum, nochmal externe Experten zu hören. Hierzu gehöre insbesondere der Breitbandmanager des Landes Rheinland-Pfalz, der auf ein neues Förderprogramm hingewiesen habe. Außerdem wäre es sinnvoll, betroffene Unternehmer zu hören, auch um verschiedene Richtfunklösungen kennenzulernen. Man sollte das Thema in Ruhe erörtern, eine Dringlichkeit bestehe nicht.

Ratsmitglied Dr. Bals begrüßte die erneute Initiative. Der CDU sei es wichtig, dass es nach der Anhörung auch relativ konkret umgesetzt wird. In den Stadtdörfern könne man beispielsweise eine Glasfaserversorgung direkt ans Haus legen. Es wäre sicher sinnvoll, auch jemanden von dieser Firma zur Anhörung einzuladen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Schröder hielt es für wichtig, dass Landau als Mittelzentrum eine gute Breitbandversorgung hat. Dies sei wichtig sowohl für die Unternehmen, aber auch für die Universität, die Schulen und die Stadtdörfer. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth sprach von einem grundsätzlichen Problem, das man in diesem Bereich habe. Durch die von der Telekom im Jahr 2016 geplante Umstellung auf eine neue IT-Verbindung, sei teilweise schon jetzt ein besseres Netz verfügbar. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Anhörung zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass Landau vorne bleiben müsse. Hierfür sei ein gut funktionierendes Internet notwendig. Auch die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig

**eine Anhörung im Stadtrat zur Breitbandversorgung in Landau. Die Anhörung soll im 4. Quartal 2014 stattfinden.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verlängerung der Grünphase an der Fußgängerampel Nordring/Fortstraße**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 9. April 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Mittlerweile sei der Antrag bereits im Bauausschuss beraten worden, so dass er sich für heute erledigt habe.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28. April 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Landau sei eine erfolgreiche Stadt. Im letzten Quartal 2013 seien in Landau nach Mainz die zweitmeisten Baugenehmigungen in Rheinland-Pfalz erteilt worden. Dadurch gebe es entsprechend wenige Leerstände und eine Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Dies sei ein wenig die Schattenseite des Erfolges. Durch den demographischen Wandel werde sich diese Situation sicher noch verschärfen. Die Stadt wäre gut beraten, nach Antworten auf diese Fragen zu suchen. Dies könne aus seiner Sicht durch die Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse erfolgen. Eine solche Wohnungsmarktanalyse sollte aufzeigen, wie sich die Bevölkerungsstruktur in der Stadt entwickle und wo sich hieraus Handlungsbedarf ergebe. Die Stadt Bingen habe aktuell auch eine solche Wohnungsmarktanalyse auf den Weg gebracht. In Bingen beteilige sich das Land mit einem Drittel an den Kosten der Erstellung dieser Wohnungsmarktanalyse. Insgesamt halte es die SPD-Fraktion für richtig, eine solche Analyse in Auftrag zu geben.

Der Vorsitzende unterstützte den Antrag ausdrücklich. Allerdings habe dies Haushaltsrelevanz, so dass man darüber reden müsse. Der preisgünstige Wohnraum sei äußerst knapp, man müsse sich dieser Herausforderung stellen. Er schlage vor, diesen Antrag zunächst im Bauausschuss ausführlich zu besprechen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass dieses Thema ja nicht neu sei. Er habe sehr positiv wahrgenommen, dass die Verwaltung hier sehr viel Analysevorarbeit geleistet habe. Die CDU neige eher dazu, konkret Nägel mit Köpfen zu machen. Er erinnere hier an die beiden beschlossenen Initiativen der CDU. Einer weiteren Analyse werde man sich aber nicht verschließen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Bauausschuss zu.

Ratsmitglied Schröer stimmte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion einem Verweis in den Bauausschuss ebenfalls zu. Die Stadt habe eine überaus dynamische Entwicklung. Allerdings halte sie es für wichtig, dass es sich hier um einen laufenden Monitoringprozess handeln müsse. In dem Antrag fehle ihr der Baustein Fehlbelegungsabgabe im sozial geförderten Wohnraum. Man brauche auch ein Quartiersmanagement, um festzustellen ob der Wohnraum auch in der Hand der richtigen Mieter sei.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass Landau weiter wachse. Die Bevölkerung nehme zu, der Wohnraum sei knapp. Es mache daher durchaus Sinn, sich über den Wohnungsmarkt Gedanken zu machen. Die Frage sei, ob es für die Erstellung einer solchen Analyse Zuschüsse des Landes gebe. In Bingen sei dies der Fall gewesen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Verweis in den Bauausschuss zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass Landau sich gut entwickle. Eine solche Wohnungsmarktanalyse sehe er als Momentaufnahme. Allerdings stehen hier natürlich die Kosten für die Analyse im Raum. Einem Verweis in den Bauausschuss werde die FDP-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es für sinnvoll, Informationen zu sammeln und auszuwerten. Schade sei nur, dass man dies nicht früher gemacht habe. Es gebe nämlich schon länger ein eklatantes Defizit an sozialem Wohnraum. Auf der Liste würden 1.700 Personen stehen, die eine Wohnung suchen. Dort seien auch Familien dabei. Die Stadt habe sich von städtischem Wohnhausbesitz getrennt. Dies schränke die Vermietungspraxis ein. Dennoch stimme die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag zu.



Der Vorsitzende schlug vor, das Thema Quartiersmanagement dann bei der ganzen Thematik im Bauausschuss mitzudiskutieren.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte ergänzend, in Landau einen offiziellen Mietspiegel zu erstellen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Erstellung einer Wohnungsmarktanalyse zu prüfen, wird in den Bauausschuss verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Mai 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Es gehe um die Weichenstellung für eine gesicherte Zukunft der Feuerwehr. Ein Feuerwehrbedarfsplan müsse vor allem nachhaltig sein. Ein solcher Plan sei auch keine Neuerung, man könne hier also auf die Erfahrungen anderer Kommunen bauen. Die Stadt leiste viel für die hervorragende Einsatzbereitschaft der Feuerwehr. Für die Feuerwehren werde es gerade tagsüber immer schwieriger, mit Ehrenamtlichen die Einsatzfähigkeit zu gewährleisten. Daher müsse man die Frage stellen, inwieweit in Landau der ehrenamtliche Bereich durch Hauptamtliche ergänzt werden müsse. Diese Frage stelle sich auch hinsichtlich der Hauptamtlichkeit des Stadtfeuerwehrrinspektors.

Ein weites Feld biete auch die Zusammenarbeit über kommunale Grenzen hinaus. Als Basis zur Klärung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit sei ein Feuerwehrbedarfsplan notwendig. Die Stadt Speyer habe einen solchen Plan bereits 2012 erstellen lassen mit vielen Erkenntnissen für die dortige Feuerwehr. Mit dem Land sollte man über eine mögliche finanzielle Unterstützung reden. Den Antrag wolle man heute einbringen und ihn ins parlamentarische Verfahren bringen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Feuerwehren insgesamt in einem strukturellen Prozess stehen. Es sei immer schwieriger, Freiwillige zu finden und auch Arbeitgeber zu finden, die diese Freiwillige für Einsätze frei stellen. Dem Problem müsse man sich stellen. Die Herausforderung werde sein, ein Unternehmen zu finden, das fachlich in der Lage sei, so etwas objektiv zu untersuchen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass auch dieses Thema nicht neu sei. Einige Themen in diesem Antrag hätten durchaus weitreichende Folgen. Allerdings würden keine Aussagen über die Kosten getroffen. Einer Beratung im Fachausschuss werde man sich nicht verschließen.

Ratsmitglied Schröer fand den Antrag zu unkonkret. Daher sollte man diesen in den Ausschuss verweisen. Die Strategie, einen solchen Plan auf den Weg zu bringen, halte sie durchaus für richtig. Allerdings müsse man dann auch die Konsequenzen daraus ziehen.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass es wohl schon ein Gutachten über 100 Seiten gebe, das aber bisher nicht bekannt sei. Offenbar gebe es also schon Vorarbeiten. Der FWG-Stadtratsfraktion gehe es auch darum, die Kosten im Blick zu behalten. Die Feuerwehr mache eine großartige Arbeit. Einem Verweis in den Ausschuss werde man zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass ein Feuerwehrbedarfsplan sicher nicht falsch sein könne. In dem Begriff Feuerwehrbedarfsplan stecke sehr viel drin. Es müsse daher genau definiert werden, was dahinter stecke. Keinesfalls sollte dieser Plan ein Türöffner für die Hauptamtlichkeit sein. Man sollte offen über die Notwendigkeiten sprechen, was in den Ausschüssen sicher möglich sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Ausschuss zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man es bisher auch ohne Bedarfsplan gut hinbekommen habe. Die Liste der notwendigen und wünschenswerten Dinge sei bei der Feuerwehr immer recht lang gewesen. Ein Bedarfsplan klinge natürlich gut. Es gehe um Veränderungen bei der Feuerwehr, auch um interkommunale Zusammenarbeit. Die Ehrenamtlichkeit werde im Bereich der Feuerwehr zweifellos schwieriger. Informationen zu sammeln könne nicht schaden, aber man müsse die Kosten im Auge behalten. Dem Verweis in den Ausschuss werde die UBFL-Stadtratsfraktion zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:





**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Mai 2014 zur Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes wird in den Hauptausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Parkbänke in der Innenstadt und in den Stadtdörfern**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 5. Mai 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Der Antrag sei von vielen Bürgern gefordert worden, gerade auch zur Förderung der Mobilität. Es gebe an vielen Stellen in der Stadt Bedarf. Sie rege an, den Antrag in den Ausschuss zu nehmen. Bänke hätten durchaus auch einen sozialpolitischen Aspekt.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass es in der Stadt und in den Stadtdörfern weit über 500 Bänke gebe. Es stehen sehr viele Bänke, allein am Deutschen Tor seien es 16. Mit Sicherheit habe man im Stadtbereich genug Bänke. Man müsse auch sehen, dass jede Bank auch Geld koste, nicht nur bei der Anschaffung sondern auch im Unterhalt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 5. Mai 2014 zur Aufstellung von Parkbänken in der Innenstadt und in den Stadtdörfern wird in den Bauausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Teilnahme am Fahrradvermietsystem durch die Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 5. Mai 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Brunner begründete den Antrag. Der VRN mache ein neues Mobilitätsangebot mit Leihfahrrädern. Dieses werde in diesem Jahr in den Oberzentren Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg erstmals umgesetzt. Ein solches Fahrradverleihsystem würde Landau als Mittelzentrum und Universitätsstadt gut anstehen. Der VRN wolle es in seinem Einzugsgebiet ohnehin flächendeckend einführen. Sie sei einverstanden, den Antrag aber zunächst im Ausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Migl fand diesen Impuls sehr gut, um den ÖPNV noch weiter auszubauen und zu vernetzen. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass gegen die Grundidee nichts zu sagen sei. Er bitte aber, dies im Ausschuss eingehender zu besprechen.

Ratsmitglied Freiermuth sprach sich dafür aus, erst einmal in den Oberzentren Erfahrungen zu sammeln und abzuwarten. Dies sollte man über einen mittelfristigen Zeitraum beobachten und auch die Kostenfrage im Blick behalten. Wenn es Sinn mache, werde sich die FWG-Stadtratsfraktion dem nicht verschließen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass dieses Projekt aus seiner Sicht noch in den Kinderschuhen stecke. Man sollte dies aber thematisieren, Erfahrungen abwarten und dann zugreifen, wenn es für Landau perfekt sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 5. Mai 2014 zur Teilnahme der Stadt Landau am Fahrradvermietsystem des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar wird in den Bauausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wilhelm Prokop**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 30. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Herrn Wilhelm Prokop, Ahornstraße 24, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Erneuerung der Technik der Feuerwehreinsatzzentrale der Freiwilligen Feuerwehr Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz vom 2. Mai 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Für die Sitzung des Ältestenrates zu den Nachtragshaushaltsberatungen werde man den Gutachter einladen, um ausführlich über dieses Thema zu sprechen.

Ratsmitglied Dr. Migl bemängelte, dass die Vorlage nicht früher in den Rat gegeben worden sei. Man wisse doch, dass die derzeitige Technik aus dem Jahre 1989 stamme. Wenn hier aber ein echter Bedarf bestehe, stimme die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für die erforderlichen Sofortmaßnahmen zur Erneuerung der Technik in der Feuerwehreinsatzzentrale wird im Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 bei Produkt 12601 eine Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 160.000,00 € für das Jahr 2015 bereitgestellt.**
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bis zu den Haushaltsberatungen für den Nachtrag 2014 ein Gesamtkonzept für die Erneuerung der Feuerwehreinsatzzentrale zu erarbeiten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 28. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Doll erinnerte daran, dass es solche Pfandstationen auf dem Friedhof Queichheim schon seit 2004 gebe. Diese würden sehr gut angenommen. Man sollte nicht nur den Hauptfriedhof ausstatten, sondern, wenn möglich, auch die anderen Stadtteilfriedhöfe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme der in der Begründung genannten Spende durch die Krematorium Landau in der Pfalz GmbH an die Stadt Landau / Friedhofsverwaltung zuzustimmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### Landesgartenschau 2015; Barrierefreiheit des Aussichtsturmes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 28. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Bei der Planung des Aussichtsturmes habe man sich der Herausforderung Barrierefreiheit gestellt. Ein temporärer Aufzug für die Zeit der Landesgartenschau sei auf dem Weg gewesen. Nach einer Anfrage bei einer Fachfirma seien hierfür Kosten von 150.000 Euro angesetzt worden. Konkrete fachliche Berechnungen hätten nun aber Kosten von 340.000 Euro ergeben. Diese Kosten allerdings stünden nicht im Verhältnis. Grundsätzlich wolle er nochmals betonen, dass man Barrierefreiheit und die Einbindung von Menschen mit einer Gehbehinderung sehr ernst nehme. Das Land bitte darum, den Beschluss heute nicht zu fassen. Ebenso würde das Land einen Beschluss mittragen, der den Betrag auf 150.000 Euro begrenze. Man müsse überlegen, was man mit diesem Betrag dann mache. Dies könne auf dem Gelände der Landesgartenschau erfolgen oder für Maßnahmen zur Barrierefreiheit in der Stadt eingesetzt werden. Er schlage vor, den Vorschlag des Landes mitzugehen. Man brauche heute nicht zu beschließen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron betonte, dass es das Ziel bleibe eine möglichst barrierefreie Landesgartenschau anzubieten. Die jetzige Diskussion wäre nicht notwendig gewesen, wenn das ursprüngliche Kostenverhältnis als Ausgangslage geblieben wäre. Man müsse die Frage stellen, was uns ein barrierefreies Landau wert sei. Diese Frage werde aber nicht nur an diesem Turm bewertet, sondern letztlich in der gesamten Stadt. Nun gelte es darüber nachzudenken, welche Lösungen beim Aussichtsturm möglich seien. Ernsthaft prüfen sollte man beispielsweise den Einbau eines Hublifts im Inneren des Turms. Vielleicht könne dies ein denkbarer Kompromiss sein. Es wäre ein gutes Signal, die Tür heute nicht zuzuschlagen. Die sicher gut gemeinte Idee einer Videoübertragung halte er nicht für gut. Diesen Vorschlag sollte man schnell beerdigen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass man so viel Barrierefreiheit wie möglich in der Stadt und auf dem Gelände der Landesgartenschau wolle. Wichtig sei es aber, die Betroffenen einzubeziehen. Hier sei es, wie in allen Lebensbereichen, wichtig, einen effizienten Einsatz für begrenzte Mittel zu finden. Da stelle sich schon die Frage, ob 340.000 Euro für eine einzelne temporäre Maßnahme effizient seien. Es sei daher durchaus sinnvoll, den ursprünglichen Betrag von 150.000 Euro zu nehmen und mit den Betroffenen über einen sinnvollen Einsatz dieser Mittel zu sprechen. So würde sich die CDU beispielsweise sehr einen Plattenbelag auf der Südseite des Rathausplatzes wünschen. Die CDU-Stadtratsfraktion habe kein Problem, den Beschluss heute nochmal auszusetzen.

Ratsmitglied Schröer war der Auffassung, dass das Kind in den Brunnen gefallen sei. Dieser Aussichtsturm sei von Anfang an ohne Aufzug geplant gewesen. Damit habe man sich gegen einen großen Teil der Bürger mit Beeinträchtigungen entschieden. Diese Entscheidung sei falsch gewesen. Nun sei das ganze ja auch noch in den Förderbescheid eingebunden. Geld bekomme man also nur, wenn dieser Aufzug gebaut werde. In der Sitzungsvorlage sei dies aber so nicht erwähnt. Sie sei froh, dass das Land nun diesen Vorschlag mache.

Ratsmitglied Volkhardt betonte, dass dieses Thema sehr stark polarisiere. Zunächst müsse man feststellen, dass der Turm steht. Ob der Aufzug gebaut werde, müsse man nun entscheiden. Zwischen einem klaren Ja oder Nein gebe es aber noch einiges dazwischen. Seiner Meinung nach gäbe es Möglichkeiten, das Geld auch für nachhaltigere Projekte in der Stadt zu verwirklichen. Dies wäre sicherlich sinnvoller, als 340.000 Euro in einen Aufzug zu stecken, der nach 6 Monaten wieder abgerissen werde. Er sei dafür, den Beschluss zu verschieben und mit dem Land zu verhandeln. Dies sei das Beste, was man heute tun könne.

Ratsmitglied Dr. Wissing war der Meinung, dass dies nicht gut gelaufen sei. Mit dem Betrag von 340.000 Euro könnte man den Alltag vieler behinderter Menschen sehr viel nachhaltiger verbessern, als mit einem Aufzug für 6 Monate.



Ratsmitglied Marquardt unterstrich, dass für die UBFL Barrierefreiheit im öffentlichen Leben eine Selbstverständlichkeit sei. Es stelle sich die Frage, warum die Ausschreibung für den Aufzug erst jetzt vorgenommen worden sei. Man müsse sich fragen, wo denn der Aufsichtsrat der Landesgartenschau gewesen sei. Wie man dann auch noch einen schiefen Turm bauen könne, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Ein schiefer Turm sei immer teurer als ein gerader Turm. Es wäre jetzt ein falsches Signal, bei der Barrierefreiheit Geld einzusparen. Von daher sei es sehr erfreulich, dass das Land hier andere Signale setze.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man einige schlichtweg falsche Behauptungen so nicht stehen lassen könne. Man sei im vorgegebenen Zeit- und Kostenplan. Im Übrigen sei auch der Aussichtsturm nicht schief, sondern gerade. Es könne durchaus sein, dass der optische Eindruck anders sei. Unabhängig von der Berichterstattung könne er als politisch Verantwortlicher einen Betrag von 340.000 Euro für einen temporären Aufzug nicht verantworten. Von diesem Betrag sei man nun weg und sei wieder bei 150.000 Euro, in der Hoffnung, mit den Verbänden Lösungen zu finden. Er sei sicher, dass sich das Land bei einer Lösung für die Landesgartenschau und für die Stadt nicht verschließen werde.

Herr Schmauder erläuterte, dass man sich von Anfang an mit dem Thema Barrierefreiheit auseinandergesetzt habe. Es habe zunächst die Überlegung gegeben, einen dauerhaften Aufzug zu installieren. Dies aber sei zu teuer gewesen. Der Vorschlag mit der Videoübertragung sei nicht von der Landesgartenschau GmbH gekommen, sondern von einem Behindertenverband aus Landau. Im November 2012 sei dann die Forderung nach dem temporären Aufzug gekommen. Ausschreiben könne man ja erst, wenn die Planung abgeschlossen sei. Es habe eine offene EU-weite Ausschreibung gegeben. Daraufhin habe es zwei Angebote aus Holland und Deutschland gegeben, die beide nicht verwertbar gewesen seien. Die Ausschreibung habe aufgehoben werden müssen. Die statische Berechnung sei nun das KO-Kriterium gewesen. Der Turm sei mittlerweile gebaut und werde in Kürze fertiggestellt. Wie bei anderen Gartenschauen auch, gebe es eine Aussichtsplattform in 4,80 Meter Höhe. Diese sei auch barrierefrei. Für die weiteren 20 Meter sei die Entscheidung gefallen, dass diese nicht barrierefrei sind. Die Idee des Treppenlifts könne man gerne einmal prüfen. Ihm sei kein Passus im Förderbescheid bekannt, dass die Förderung des Aussichtsturms an einen Aufzug gekoppelt ist. Nach Landesbauordnung könne man nicht gezwungen werden, einen Aufzug zu errichten. Er nehme gerne die Ideen auf, mit diesen 150.000 Euro dauerhafte Lösungen zu finden.

Ratsmitglied Herdel bat darum, auch die Möglichkeit eines Treppensteigers zu prüfen.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass das Land die Förderung des Aussichtsturms an einen Aufzug gekoppelt habe.

Der Vorsitzende unterstrich nochmals, jetzt ein Stoppsignal zu setzen. Er ziehe die Vorlage für heute zurück.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Abschluss eines dreijährigen Nutzungsvertrags durch die Stadt Landau in der Pfalz mit der IKVS – Interkommunale Vergleichs-Systeme GmbH**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 30. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth bat darum, dies intern kritisch zu begleiten und zu kontrollieren, wie effektiv dies ist.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dieser Sitzungsvorlage zustimmen werde. Man freue sich sehr, dass dieser Baustein jetzt endlich komme.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Stadtrat stimmt der Bereitstellung der bei Abschluss eines Vertrages mit der IKVS GmbH zu entrichtenden außerplanmäßigen Mittel in Höhe von 27.221,25€ brutto zu. (2014 anteilig: 3.718,75 €; 2015, 2016 und 2017 jeweils 7.437,50 €, zuzüglich einer einmaligen Pauschale für die Einspielung der Produkt- und Organisationshierarchien in Höhe von 1.190,00 € brutto).
2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss eines Vertrages zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der IKVS GmbH über die Softwarenutzung der IKVS GmbH zur Erstellung von Kennzahlenvergleichen, Vergleichskreisanalysen, Berichtswesen und Steuerungsübersichten zu, Vertragsbeginn ist der 01.07.2014, Vertragsende am 31.12.2017.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Vollzug des Haushaltsplanes 2014; Antrag auf Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben für die Sondierung/Kampfmittelräumung und Wiederherstellung der östlich des Geothermiekraftwerkes gelegenen Fläche (PK 1142.5292)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 10. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**auf dem PK 1142.5292 im Jahr 2014 überplanmäßige Mittel in Höhe von 45.000,00 € zur Verfügung zu stellen und zur Bewirtschaftung freizugeben.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

**18. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau" - Aufhebung des endgültigen Beschlusses vom 25.02.2014 und wiederholter Offenlagebeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der endgültige Beschluss zur 18. Teiländerung des Flächennutzungsplans 2010 der Stadt Landau durch den Stadtrat am 25.02.2014 wird aufgehoben.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.2 BauGB vorzunehmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan A 12 "Zwischen Kugelgartenstraße und Badstraße", Aufstellungs-, Entwurfs- und Offenlagebeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man arbeite seit Jahren daran, in der Stadt größere Einzelhandelsimmobilien zu schaffen. Das Problem sei, dass man sehr viele kleine Areale habe. Er sei froh, dass man insgesamt in der Stadt kaum Leerstände und eine gute Durchmischung habe. Dies was hier geplant sei, wäre eine vernünftige und gute städtebauliche Lösung für diesen Innenstadtbereich. Es entstehe eine Einzelhandelsimmobilie von knapp über 2000 qm mit einem Investor, der Eigentum schaffe. Wenn alles gut laufe, könne noch in diesem Jahr mit dem Bau begonnen und zum Weihnachtsgeschäft 2015 eröffnet werden.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage und damit dem Bauvorhaben zustimme. Dies sei ein großer Erfolg für die Bauverwaltung und für die Wirtschaftsförderung. Es sei ein Erfolg des Beharrungsvermögens, ohne dass dieses Ergebnis nicht hätte erzielt werden können. Man habe in Landau nicht die Fehler von Neustadt gemacht, die auf der grünen Wiese ganz große Einzelhandelsflächen zugelassen haben. Landau sei ein wichtiger Einzelhandelsstandort mit Stärken, die man ausbauen müsse. Man stehe in Konkurrenz mit Roppenheim, Ludwigshafen und Zweibrücken. Hier müsse und könne man auch gegensteuern. Er sei sicher, dass durch den Bebauungsplan eine ansprechende Gestaltung realisiert werden könne. Diese ansprechende Gestaltung sollte durch einen flankierenden städtebaulichen Vertrag rechtlich gesichert werden. Es sei dies ein Glücksfall für Landau.

Ratsmitglied Kautzmann teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion dieser Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Er habe ein gutes Gefühl bei den handelnden Personen. Über Jahre habe man parteiübergreifend schädliche Ansiedlungen auf der grünen Wiese verhindert. Diese jahrzehntelangen Bemühungen hätten nun zum Erfolg geführt. Landau sei und bleibe ein starkes Mittelzentrum. Er prognostiziere, dass dieses Projekt Ausgangspunkt für weitere bauliche Maßnahmen in diesem Bereich sein werde. Man müsse Flagge zeigen und mutig in diese Diskussion gehen.

Ratsmitglied Brunner war der Meinung, dass dieser Entwurf genau das richtige sei, um dieses vernachlässigte Areal in der Innenstadt in die heutige Zeit zu holen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth bezeichnete den Entwurf als einen Gewinn für Landau. Der geplante Turm passe gut zum Nachbargebäude. Die auf Bildern präsentierte mögliche Außenfassade wäre der FWG wichtig. Der Sitzungsvorlage werde die FWG-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel sah hier einen Lückenschluss für die Geschäftswelt und für die Bürgerinnen und Bürger. Er denke, dass dies auch ansteckend wirken werde. Die Lage sei hervorragend mitten in der Innenstadt. Auch die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass man auf jeden Fall einen Bebauungsplan brauche. Einen Wermutstropfen sehe sie darin, dass der Investor nur einen Mieter wolle. Durch diese architektonisch kleinteilige Lösung sei es ein großer Fortschritt in der Stadtentwicklung. Mit der Schließung dieser Baulücke stärke man den Einzelhandel. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Vorsitzende betonte, dass eine qualitätsvolle Stadtentwicklung manchmal Zeit und Geduld brauche. Er bitte noch auf Wunsch des Investors aus der zulässigen Fläche von 15 qm für das Randsortiment eine Soll-Vorschrift zu machen.

Ratsmitglied Lerch hoffte, dass auch die weitere Fläche hinter dem Hauptgebäude Gauer bald bebaut werde. Ebenso auch die Fläche gegenüber der ehemaligen Firma Biederwolf. Im Ergebnis heiße dies



allerdings, dass eine große Anzahl an Parkplätzen wegfallen. Ihn interessiere, ob es für die wegfallenden Parkplätze und die erhöhte Besucherfrequenz einen Ersatz geben werde.

Der Vorsitzende betonte, dass hierfür der Alte Messplatz zur Verfügung stehe. Es gehe natürlich um Stellplatzablässe, da in der Innenstadt kein Parkraum geschaffen werden könne.

Ratsmitglied Heuberger unterstrich, dass der Handel diese Maßnahme außerordentlich begrüße. Damit werde eine der letzten Kriegslücken in der Innenstadt beseitigt und die Attraktivität des Standortes Landau werde gesteigert.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau (Flurstücke 117/2 teilweise, 213/2, 214/3 teilweise, 216, 217, 218, 219 und 220) wird der Vorhabenbezogene Bebauungsplan A 12 "Zwischen Kugelgartenstraße und Badstraße" gemäß § 12 BauGB aufgestellt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB auf der Grundlage des Entwurfs des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans sowie des Vorhaben- und Erschließungsplans vorzunehmen.**
3. **Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrags beauftragt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

### **Bebauungsplan ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“; Verfahrensänderungs-, Entwurfs- und Offenlagenbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Entwicklung dieses Areals sei nicht einfach. Ein Ausbau des Kreisels seitens des Landes sei in den nächsten Jahren nicht möglich. Der Kreisel werde aber ertüchtigt und von Norden her ein Bypass gebaut. Er halte dies im Grunde für ausreichend. Das Gewerbegebiet solle autoaffin sein. Was den Fußweg betreffe, bitte er um eine Entscheidung für die Variante mit dem kurzen Fußweg.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dieser Sitzungsvorlage für einen angebotsorientierten Bebauungsplan zustimme. Man habe hier eine exponierte Lage. Daher sollte es hier auch eine ansprechende Variante sein. Wichtig sei, dass die Nutzung zwar autoaffin aber nicht störend sei. Es sei wichtig darauf zu achten, dass hier nicht auch noch Einzelhandel zugelassen wird. Hier sei eine Beschränkung sehr wichtig. Der Fußweg sei für die SPD-Fraktion nicht der Knackpunkt. Natürlich habe man sich mehr Verkehrserleichterung erhofft, aber der Bypass sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Ratsmitglied Eichhorn unterstrich, dass der Bypass im Sinne des CDU-Antrages sei. Die vorliegende Planung sei sicherlich nicht optimal, aber zumindest eine Verbesserung. Eine Verlängerung des Fuß- und Radweges in das Gebiet hinein sei zwar wünschenswert, aber für Nußdorf letztlich nicht entscheidend. Der Bebauungsplan sei ein wesentlicher Beitrag zur optischen Gestaltung des nordwestlichen Eingangs zur Stadt. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Ellinghaus betonte, dass die Grünen einen Bebauungsplan für ein weiteres Gewerbegebiet auf der grünen Wiese abgelehnt hätten und auch dabei bleiben werden. Die Verwaltung müsse eigentlich zwei Wunder vollbringen. Das erste Wunder sei zu begründen, warum das große Gewerbegebiet in der Froschau, das derzeit entwickelt werde, nicht ausreiche und man nun auch noch dieses brauche. Das zweite Wunder müsse man vollbringen, ein autoaffines Gebiet architektonisch ansprechend zu gestalten. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde die Sitzungsvorlage ablehnen.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte für die FWG-Stadtratsfraktion diesen Bebauungsplan. Im Gegensatz zu Bündnis 90/Die Grünen sei er der Auffassung, dass dieses Eingangstor sehr wohl ansehnlich werden könne. Man sei auch für die bereits angesprochenen kurze Fußwegvariante. Er rege an, den Bypass möglichst weit nach Westen zu legen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Pfaffmann sprach von einer grundsätzlich begrüßenswerten Entwicklung. Die FDP-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt sah keinen Bedarf für weitere Gewerbeflächen. Er sehe auch keine Erfordernis für eine Vergrößerung des Kreisels. Problematisch seien eher die Ampelanlagen. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde die Sitzungsvorlage ablehnen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Das als Vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB begonnene Verfahren wird als angebotsorientierter Bebauungsplan i.V.m. einem städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB fortgeführt.**



2. **Der Entwurf des Bebauungsplans ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“ in der Fassung vom 14.04.2014 wird befürwortet und die Begründung gebilligt.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplanes ND 8 „Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord“ nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Straßenbenennung "Philosophengarten"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. April 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte daran, dass dies schon die zweite Sitzungsvorlage in dieser Sache sei. Der ersten habe man zugestimmt, da es dort nur um das Stabsgebäude ging. Dieser Erweiterung der Straßenbezeichnung werde man nicht zustimmen. Es könne nicht Aufgabe der Verwaltung sein, Marketingkonzepte von Privatpersonen zu fördern. Man schaffe hier einen Präzedenzfall. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**für das Bauvorhaben des Herrn Holch, südlich und nun auch nördlich der Eutzinger Straße, im Bereich des ehemaligen Generalstabsgebäudes der französischen Streitkräfte die Straßenbenennung bzw. Adressbezeichnung Philosophengarten unter der Bedingung, dass der betroffene Abschnitt der Eutzinger Straße nach den Vorgaben der Stadt und auf Kosten von Herrn Holch platzartig ausgebaut wird.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**Parkraumbewirtschaftung zur Landesgartenschau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. März 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Sie begrüße den Shuttle-Verkehr mit dem „Schoppenbühnel“ ausdrücklich.

Ratsmitglied Freiermuth wollte wissen, ob es bei Sonderveranstaltungen mit erhöhtem Besucheraufkommen Ausweichmöglichkeiten gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man ein Parkraumkonzept nicht auf wenige Großveranstaltungen auslegen könne. Bei Sonderveranstaltungen könne es durchaus zu Suchverkehr kommen. Dies werde sich nicht vermeiden lassen.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass der Busshuttleverkehr vom Hauptbahnhof aus die Zustimmung erleichtere. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Dem Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Landesgartenschau 2015 wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Neubau Bahnhofpunkt "Landau-Süd" - Budgeterhöhung**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 13. Mai 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Der Bahnhofpunkt Süd sei eines der zentralen Infrastrukturprojekte. Bei der Schlussabrechnung habe sich ergeben, dass das Ganze auf Grund von Anforderungen seitens der Bahn um 135.000 Euro teurer geworden sei. Dies sei unerfreulich, weil es ohne die Steuerung der Stadt dazu gekommen sei.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es bedauerlich, dass die Kommunikation mit der Projektgesellschaft offensichtlich nicht funktioniert habe. Natürlich könne man aber die Firmen nicht auf Ihrem Geld sitzen lassen. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Erhöhung des Gesamtbudgets um 135.000 € auf 1.005.000 € wird zugestimmt**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass zur Frage des Lärmschutzes im Zuge des Ausbaus der B 10 lediglich ein Schreiben von Herrn Minister Lewentz an die Bürgerinitiative vorliegt. Auf Rückfrage sei ihm versichert worden, dass ein Schreiben an die Stadt Landau unterwegs sei. Dies sei aber bis heute noch nicht zugegangen.

Ratsmitglied Lerch erinnerte daran, dass der Stadtrat bereits 2013 diese Resolution beschlossen habe. Er halte es für bemerkenswert, dass der Oberbürgermeister selbst auf mehrfache Nachfrage bis heute keine Antwort erhalten habe. Er müsse schon ernsthaft fragen, ob man vom Land ernst genommen werde.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man sich Sand in die Augen streue wenn man glaube, mit ein paar mehr Lärmschutzwänden könne man das Projekt stemmen. Der Stadtrat sei in großer Mehrheit gegen diesen Ausbau. Wenn das Land den Konflikt wolle, dann könne es ihn bekommen. Notfalls müsse man eben klagen.

Ratsmitglied Schröer machte deutlich, dass das Teilstück planfestgestellt sei. Die Frage sei, ob dieses planfestgestellte Teilstück den Regeln des neuen Bundesverkehrswegeplanes unterstellt werde. Dies sollte man bei der Landesregierung nochmal erfragen.

Der Vorsitzende sicherte zu, dass er das Schreiben des Ministers unmittelbar nach Eingang den Fraktionen zur Verfügung stellen werde.

Beigeordneter Klemm beantwortete die Fragen der CDU-Stadtratsfraktion zur Queichrenaturierung. Er werde dies auch noch schriftlich den Fraktionen zustellen. Die Fragen und die Stellungnahme ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob die Stadtverwaltung informiert sei, dass die Firma Daldrup alle Unterlagen eingereicht hat um bei der Ursachensuche für die Bodenbewegungen weiter zu kommen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Verwaltung nichts bekannt sei.



Die Niederschrift über die 47. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 13.05.2014 umfasst 33 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 374.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete